



Leiter Landesbüro  
Schleswig-Holstein  
Frank Schischefsky

Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft

ver.di Nord - Dänische Str. 3-9 - D-24103 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Sozialausschuss  
Postfach 71 21

Landesbezirk Nord

Dänische Str. 3-9  
24103 Kiel

24103 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 17/3526

Telefon: (04 31)66 08-01

Telefax: (04 31)66 08-110

Datum 30.01.2012

Ihre Zeichen

Unsere Zeichen fs-lü

Tel.-Durchwahl -102/-103

Fax-Durchwahl -110

E-Mail frank.schischefsky@verdi.de

## Stellungnahme

der **Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft** an den  
Sozialausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags  
zu den Anträgen:

- **Fairness auf dem Arbeitsmarkt – Mindestlohn jetzt einführen**
- **Fairness auf dem Arbeitsmarkt – Existenzsichernden Mindestlohn jetzt einführen**
- **Lohnuntergrenzen**

Immer mehr Menschen in Schleswig-Holstein sind arm und von einer angemessenen Lebensführung ausgeschlossen – trotz Vollzeitarbeit.

Armutslöhne verstoßen gegen soziale Grundrechte und gegen die Menschenwürde. Der Grundgedanke des Sozialstaats, dass Menschen ohne Vermögen wenigstens durch ihre Arbeit an den Zuwächsen des von allen erwirtschafteten Reichtums beteiligt werden, wird durch diese Entwicklung in sein Gegenteil verkehrt.

Der Antrag **Lohnuntergrenzen** aus den Fraktionen von CDU und FDP greift zu kurz und wird das Ziel, dass eine Vollzeitwerbsarbeit eine eigenständige Existenzsicherung ermöglichen muss, verfehlen.

Unstrittig ist, dass Lohnfindung Aufgabe der Tarifpartner ist. Es gibt, auch in Schleswig-Holstein, allerdings Bereiche, in denen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf Grund der Struktur der jeweiligen Branche von Tarifverträgen nicht mehr erfasst werden. Insbesondere in Kleinstbetrieben und in Mittelständischen Unternehmen ist dies zu sehen. Darüber hinaus ist eine Tendenz erkennbar, dass Unternehmen Tariffucht begehen. Sie nutzen die Vorteile einer Mitgliedschaft in



Leiter Landesbüro  
Schleswig-Holstein  
Frank Schischefsky

Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft

Landesbezirk Nord

Dänische Str. 3-9  
24103 Kiel

Arbeitgeberverbänden, schließen eine Tarifbindung jedoch aus. In solchen Bereichen fehlt also ein Tarifpartner. Darüber hinaus ist festzustellen, dass von Arbeitgebern gesteuerte Vereine mit Pseudotarifverträgen versuchen sich als Gewerkschaft auszugeben und Dumpingtarifverträge abzuschließen. Auch hier werden Mindeststandards unterlaufen.

Ein gesetzlich geregelter Mindestlohn ist der richtige Weg, der allen Menschen in Schleswig-Holstein helfen wird, unabhängig davon in welcher Branche und in welcher Region er arbeitet.

Wer Vollzeit arbeitet, muss davon eigenständig Leben können.

Aus Sicht der Gewerkschaft ver.di ist ein gesetzlich geregelter Mindestlohn die Antwort auf Lohndumping und Armutslöhne. Dieser Mindestlohn muss mindestens 8,50 Euro betragen und zukünftig auf die jeweiligen Entwicklungen angepasst werden.

Eine Bundesratsinitiative zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, wie in den Anträgen **Fairness auf dem Arbeitsmarkt – Mindestlohn jetzt einführen**, eingebracht von den Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE Grünen sowie **Fairness auf dem Arbeitsmarkt – Existenzsichernden Mindestlohn jetzt einführen**, eingebracht von der Fraktion DIE LINKE, wird deshalb ausdrücklich unterstützt.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Schischefsky

Leiter ver.di Landesbüro Schleswig-Holstein